



Presseinformation

Nr. 434/2011

Kiel, Freitag, 26. August 2011

Soziales / Mutter-/Vater-Kind-Kuren

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Anita Klahn: Einheitliche Bewilligungspraxis ist notwendig

In ihrer Rede zu **Top 42** (Mutter-/Vater-Kind-Kuren in Schleswig-Holstein) sagt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Mutter-/Vater-Kind-Maßnahmen stellen einen wichtigen Teil unseres Gesundheitswesens dar und haben durchaus ihre Berechtigung. Leider entsteht der Eindruck, dass die Krankenkassen diese Einschätzung nicht teilen.“ Antragsteller sähen sich in der Praxis mit einer Reihe von Barrieren konfrontiert. Dies fange damit an, dass viele Antragsteller nicht einmal die Antragsformulare ihrer Krankenkasse zugesandt bekämen, sondern schon im Vorfeld abgewürgt würden, kritisiert Klahn.

„Es freut mich sehr, dass der Bericht der Landesregierung offiziell mit dem Mythos von der ‚Zuständigkeit des Rentenversicherungsträgers‘ aufräumt. Bisher war dies ein sehr beliebtes ‚Totschlagargument‘ der Kassen. Auch die Inhalte des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz sprechen eine klare Sprache. Das Prinzip ‚ambulant vor stationär‘ ist hier nicht mehr anzuwenden, und kann somit auch nicht mehr als Ausrede gelten.“ Es sei die Pflicht des Parlaments, dafür zu sorgen, dass das geltende Recht angewandt werde. Denn bei diesen Kuren handele es sich um Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen.

„Eine wichtige Aufgabe ist für uns die Aufklärungsarbeit. Patienten müssen über ihre Rechte Bescheid und die Pflichten von Leistungsträgern informiert sein. Denn ein informierter Patient wird sich nicht von den zuvor genannten Ausreden beeindrucken lassen. Aber auch Ärzte müssen beim Verordnen von Kuren über die Formalien informiert sein.“ Was die Auslastung einzelner Einrichtungen angehe, seien der Politik jedoch die Hände gebunden. Das Land besitze hier keine Planungskompetenz und könne selbstverständlich nicht in das freie Marktgeschehen eingreifen. Die einzige Chance bestehe darin, konstruktiv daran mitzuwirken, dass schnell eine bundesweit einheitliche Bewilligungspraxis durchgesetzt werde. Die höchst unterschiedliche Bewilligungspraxis der Kassen verunsichere Mütter und Väter und sei in der jetzigen Form unhaltbar, erklärt Klahn abschließend.